

Zu TOP 18, Rückkehr von Flüchtlingen in den Kosovo und nach Bosnien, erklärt **Irene Fröhlich**, innenpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Rückkehr nur im Einklang mit internationalen Prinzipien

Nr. 102.00 / 12.05.2000

Die Meldungen der Innenministerkonferenz der vergangenen Woche sind nicht sehr erfreulich. Die "Frankfurter Rundschau" fasst in der Wochenendausgabe die Ergebnisse der Konferenz unter der Überschrift "Innenminister wollen Abschiebungen beschleunigen" zusammen. Und in der Unterzeile heißt es: "Schily soll Rückführungshindernisse beseitigen".

Die Rückführungshindernisse sind nach Meinung der Innenminister und Senatoren fehlende Papiere. Kein Wort ist in der Meldung von den Innenministern zu entnehmen über den nach wie vor hohen Zerstörungsgrad der Wohnhäuser oder der Schulen sowie der nicht wieder voll funktionsfähigen Zivilverwaltung oder des Justizwesens, wie es der UNHCR im Dezember und März meldet. Kein Wort über die Minensituation und die fehlende Existenzmöglichkeit für die Personen und Familien, wie beispielsweise fraktionsübergreifend hundert Abgeordnete in einem Appell an die MinisterpräsidentInnen der Bundesländer zu Ostern mahnen. Auch ist von den Innenministern kein Wort über den erheblichen Vertreibungsdruck der Kosovoalbaner in den südserbischen Provinzen zu hören, wie die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung nach einer Begleitung eines Rückkehrfluges im März feststellen musste.

Stattdessen fordern die Innenminister Rückführungshindernisse aufgrund fehlender Papiere zu beseitigen, wo wir doch wissen, dass gerade Pässe und andere Papiere von den Serben bewusst verbrannt worden sind. Gerade dieses hat doch den Landtag im April letzten Jahres dazu veranlasst zu fordern, dass in Schleswig-Holstein eine unbürokratische und humanitäre Handhabe vollzogen werden muss. Und so ist es Dank der Unterstützung von Herrn Innenminister Wienholtz passiert.

Lediglich Roma, Serben, Ashalis und traumatisierte Opfer des Krieges sollen noch in Deutschland bleiben dürfen. Alle anderen, etwa 180.000 Flüchtlinge in Deutschland, sollen noch in diesem Jahr in den Kosovo zurückkehren. Obwohl eine in diesem Jahr überstürzte Rückkehr aller Kosovo-Flüchtlinge aus Deutschland nach Einschätzung von UNMIK Instabilität in den Kosovo importiert.

Ich bin dem SSW sehr dankbar, dass er mit dem Antrag die Situation der Flüchtlinge aus dem Kosovo und aus Bosnien heute wieder thematisiert. Dazu hat die grüne Fraktion einen Ergänzungsantrag eingebracht, um den Antrag des SSW zu unterstützen. Es wäre wichtig, wenn gerade diejenigen zu Wort kommen würden, die sich mit der derzeitigen Situation im Kosovo bestens vertraut gemacht haben und eine fundierte Einschätzung geben können. Aus diesem Grund haben wir eine Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss des Landtages vorgeschlagen, um vor allem Menschenrechtsorganisationen und die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung zu Wort kommen zu lassen. Wir sollten uns im Ausschuss mit diesem Thema weiter beschäftigen.

Eine Rückkehr kann meiner Meinung nach nur im Einklang mit internationalen Prinzipien nach dem Prinzip der Freiwilligkeit erfolgen. So hat es der Landtag im übrigen auch vor vier Jahren bei der Rückkehr der Bosnien-Flüchtlinge gefordert. Nach diesem Prinzip sollten wir handeln. Die Meinung der Innenminister von letzter Woche kann nicht das letzte Wort sein.
